

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Der EWR als grosse Herausforderung für die Schweiz und Liechtenstein

Besuch von Bundesrat Arnold Koller mit Schwerpunkt Integrationspolitik – Keine Änderung in der Flüchtlings- und Asylpolitik – Empfang bei Fürst Hans-Adam II.



Empfang für Bundesrat Arnold Koller und seine Frau Erika auf Schloss Vaduz durch Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie. Auch hier standen europäische Fragen im Vordergrund sowie die Beziehungen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz. (Bild: Beat Schurte)

Arbeitsgespräch zwischen der liechtensteinischen Regierungsdelegation und Bundesrat Arnold Koller sowie seinen Mitarbeitern aus dem Justiz- und Polizeidepartement. Im Mittelpunkt standen Fragen der Integrationspolitik sowie des Asyl- und Flüchtlingswesens. (Bild: Beat Schurte)

(G.M.) – Die Schweiz und Liechtenstein stehen derzeit vor einer grossen Herausforderung mit dem EWR. Dies erklärte Bundesrat Arnold Koller am Freitag an einer Pressekonferenz im Regierungsgebäude in Vaduz und gab gleichzeitig seiner Hoffnung Ausdruck, dass in beiden Ländern bei den bevorstehenden EWR-Abstimmungen gleichlautende Ergebnisse resultierten. Bundesrat Koller war bei seinem Besuch in Liechtenstein zu einem Gespräch mit Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille zusammengetroffen und war Gast bei Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie auf Schloss Vaduz. Sowohl Regierungschef Hans Brun-

hart wie auch Bundesrat Arnold Koller erklärten einleitend zur Pressekonferenz, dass zwischen den beiden Staaten gute Beziehungen herrschten. Zu den Gesprächspunkten gehörten neben der allgemeinen Integrationspolitik auch die Abstimmung, die Erörterung des Eurolex-Programms sowie Fragen der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik, denen beide Länder in zunehmendem Masse ausgesetzt sind. Das Treffen in Vaduz hat nach den Worten von Bundesrat Arnold Koller zu einem «historisch wichtigen Zeitpunkt» stattgefunden. Wenn der EWR-Vertrag abgelehnt werde, so würden sich Schwierigkeiten im Sinne einer «fatalen Isolierung» in Europa ergeben. Für die

Schweiz und Liechtenstein ist nach seinen Worten der EWR-Vertrag eine doppelte Herausforderung: Als einzige beiden EFTA-Staaten müssten sie über den EWR-Beitritt eine Volksabstimmung durchführen. Noch sei angesichts der Stimmung in der Bevölkerung grosse Überzeugungsarbeit notwendig, meinte Bundesrat Koller, doch gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Volk von der Notwendigkeit einer Zustimmung überzeugt werden könne. Er unterstrich in seinen Ausführungen, der EWR werde auch kommen, wenn die Schweiz und Liechtenstein nicht beitreten würden. Die übrigen EFTA-Staaten hätten ihre diesbezüglichen Absichten bekundet.

Als schwierige Situation bezeichneten Bundesrat Koller und Regierungschef Brunhart die Abstimmungsvariante, wenn die Schweiz dem EWR-Vertrag zustimme, das Fürstentum Liechtenstein jedoch dieses Abkommen ablehne. In diesem Fall müssten sofort Verhandlungen aufgenommen werden, erklärte Bundesrat Koller, denn die Aufrechterhaltung der bisher intensiven Beziehungen zwischen beiden Staaten stehe im beiderseitigen Interesse. Neben der Erörterung der allgemeinen Integrationspolitik galt das Gespräch zwischen Bundesrat Koller, der in Begleitung von Heinrich Koller, Direktor des Bundesamtes für Justiz, Viktor Schlumpf, dem Informationschef des Ju-

stiz- und Polizeidepartements, sowie seines persönlichen Mitarbeiters Bernhard Ehrenzeller nach Vaduz gereist war, und der liechtensteinischen Regierung auch Fragen des Eurolex-Programms. Das Fürstentum Liechtenstein hat weniger Rechtsersasse als die Schweiz an das EG-Recht anzupassen, weil ein Teil über den Zollvertrag abgedeckt wird. Nach Auskunft von Regierungschef Hans Brunhart sind auch internationale Asyl- und Flüchtlingsfragen besprochen worden, die in zunehmendem Masse beide Länder beschäftigten. Mehr über die Pressekonferenz und den Besuch von Bundesrat Arnold Koller im Innern dieser Ausgabe.

Schweizer Bund stützt Wohnungsbau

Bern (AP) Der darniederliegende Wohnungsbau soll mit einer kräftigen Finanzspritze des Bundes belebt werden. Der Nationalrat hat am Freitag mit 141 gegen sieben Stimmen einen Rahmenkredit von 7,4 Milliarden Franken gutgeheissen, der bis 1996 für Bürgschaften und Schuldverpflichtungen eingesetzt werden soll. Die Mittel des Bundes – die noch vom Ständerat bewilligt werden müssen – werden lediglich für Vorfinanzierungen verwendet und belasten die Kasse demnach aller Voraussicht nach nicht. Von den bislang eingegangenen Verpflichtungen im Umfang von 3,75 Milliarden musste keine einzige eingelöst werden. Der Bundesrat gehe davon aus, dass das Risiko auch in Zukunft klein bleibe, weil weiterhin weder Luxusbauten, noch qualitativ schlechter Wohnraum unterstützt werde, versicherte Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Bestritten war der Kredit ausser von der SD/Lega-Fraktion nicht, die einmal mehr die Einwanderung für die Wohnungsnot verantwortlich machte. Allerdings vermerkten bürgerliche Fraktionspöcher, die Grenze der staatlichen Wohnbauförderung sei nun erreicht.

Liechtenstein und der Europäische Wirtschaftsraum

Der FBP-Landesausschuss befasst sich in einer ganztägigen Sitzung mit dem EWR und seiner Problematik

Politische Diskussionen werden zur Zeit eindeutig von der Europafrage dominiert. Interessierte Kreise haben sich die letzten Monate mit möglichen Folgen des EWR-Vertrages auseinandergesetzt und öffentlich Stellung bezogen. Diese Stellungnahmen betreffen einzelne, zum Teil allerdings sehr wichtige Detailspekte einer ausserordentlich komplexen Gesamtproblematik. In der ersten Phase der Meinungsbildung ist dieses Vorgehen durchaus legitim, da diese Detailspekte ohne Zweifel bedeutende Bausteine für eine übergeordnete Betrachtungsweise darstellen. Jetzt müssen wir aber eine übergreifende Gesamtbeurteilung dieser Detailanalysen erstellen um unsere Position klären.

Im September findet endlich die von der FBP-Fraktion schon lange geforderte EWR-Grundsatzdiskussion im Landtag statt. Unsere Fraktion und das Präsidium haben sich intensiv mit den verfügbaren Informationen auseinandergesetzt. Die FBP veranstaltet am 8. September eine ganztägige Sitzung des Landesausschusses, um auf breiter Basis möglichst viele Details zu einer Einheit zusammenzufügen.

Landesausschuss als Forum

Der Landesausschuss der FBP setzt sich aus den aktiven und ehemaligen Mandatären der FBP in Regierung, Landtag und Gemeinden zusammen.

Diese Gruppe ist zusätzlich durch ausgewählte Persönlichkeiten verstärkt. Somit ist der Landesausschuss ein hervorragendes Forum kompetenter Diskussionspartner zur Klärung unserer Position in staatspolitisch bedeutenden Fragen.

Fakten sammeln und gewichten

Die Mitglieder des Landesausschusses werden zusammen mit Experten ausge-

suchter Fachrichtungen Fakten sammeln und gewichten. Es muss klar festgehalten werden, welche der bisher gemachten Aussagen auf verbindlichen Tatsachen beruhen. Das komplizierte Vertragswerk wird mit Sicherheit eine gewisse Eigendynamik entwickeln, deren Folgen aus der jetzigen Sicht nicht vollständig abgeschätzt werden können. Gerade deshalb dürfte es für die Entscheidungsträger ausserordentlich wichtig sein, klar zu erfahren, welche Aussagen lediglich subjektive Einschätzung einer möglichen Entwicklung darstellen.

Chancen und Risiken

Da für den EWR-Entscheid aus verschiedenen Gründen zu wenig verbind-

liche Informationen verfügbar sind, gewinnen natürlich auch subjektive Einschätzungen und Prognosen von Experten eine entscheidende Bedeutung. Gerade deshalb müssen uns diese Experten klar und nachvollziehbar aufzeigen können, aufgrund welcher Überlegungen sie zu ihrer Beurteilung kommen.

Wir werden in diesem Landesausschuss die Chancen und Risiken Liechtensteins im Europäischen Wirtschaftsraum herausarbeiten. Diese möglichst vollständige und breit abgestützte Bilanzierung der Vor- und Nachteile ist eine sehr wichtige Voraussetzung zur abschliessenden Meinungsbildung. Dr. Hansjörg Marxer, FBP-Präsident

«Waffenplatz-Initiative» wurde verabschiedet

Bern (AP) Die Eidgenössischen Räte haben am Freitag in der Schlussabstimmung die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen und das Markenschutzgesetz verabschiedet.

Der Ständerat beendigte damit seine Sondersession, während dem Nationalrat eine zweite Woche zur Beratung der Eurolex-Vorlagen und des EG-Berichts des Bundesrates bevorsteht. Endgültig verabschiedet wurden: mit 101 gegen 47 Stimmen (Nationalrat) und 32 gegen null Stimmen (Ständerat) die Nein-Parole zur Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär».



Dr. Hansjörg Marxer, FBP-Präsident, zur Landesausschuss-Sitzung über den EWR: «Wir werden in diesem Landesauschuss die Chancen und Risiken Liechtensteins im Europäischen Wirtschaftsraum herausarbeiten.»